

Landesausschuss von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Geschäftsordnung

§ 1 Eröffnung, Beschlussfähigkeit, Präsidium, Protokoll

- (1) Der Landesausschuss (LA) wird durch den Landesvorstand eröffnet, der die Beschlussfähigkeit feststellt.
- (2) Der LA ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Delegierten anwesend sind.
- (3) Die Versammlung wird von zwei Mitgliedern des Landesvorstandes geleitet. Die Versammlungsleitung ist mindestens paritätisch besetzt.
- (4) Die Versammlungsleitung schlägt Protokollant*innen vor, welche mit einfacher Mehrheit vom LA bestätigt werden müssen.

§ 2 Mandatsprüfungskommission

- (1) Der Landesvorstand schlägt eine Mandatsprüfungskommission vor, die von der Versammlung bestätigt wird. Diese Kommission, entscheidet im Zweifel über die Zulassung als Delegierte*r zur Versammlung.
- (2) Sie überprüft ferner die Beschlussfähigkeit des LA zu Beginn der Versammlung.

§ 3 Tagesordnung und Verfahrensvorschläge

- (1) Die Sitzungsleitung legt den Entwurf des Landesvorstands für die Tagesordnung zur Beschlussfassung vor.
- (2) Änderungsanträge sind zulässig und werden in der Regel nach einer Pro- und Kontrarede abgestimmt, sie benötigen eine einfache Mehrheit. Anschließend findet eine Schlussabstimmung statt, bei der die Tagesordnung mit einfacher Mehrheit beschlossen wird.
- (3) Soll über einen bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunkt eine erneute Aussprache und Beschlussfassung stattfinden, ist ein GO-Antrag auf Rückholung zu stellen, mit dem gemäß der Vorschriften in § 6 verfahren wird.

§ 4 Redebeiträge

- (1) Jedes Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen Berlin hat auf dem LA im Rahmen der Redezeitregelung das Rederecht.
- (2) Wortmeldungen erfolgen in der Regel schriftlich und sind bei der Sitzungsleitung einzureichen. Die schriftliche Meldung beinhaltet den Namen und die Bezirksgruppe bzw. die Abteilung. Im Fall eines digital durchgeführten LA erfolgt die Wortmeldung über die digitalen Redeboxen im Abstimmungstool.
- (3) Die Redeliste wird nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes eröffnet.
- (4) Die Sitzungsleitung kann die Anzahl der Redebeiträge für den jeweiligen Tagesordnungspunkt begrenzen, wobei bei Widerspruch gegen den Vorschlag über diesen abzustimmen ist. Liegen mehr Meldungen als vorgesehene Beiträge vor,

entscheidet das Los. Eine Verlängerung der Debatte kann auf Antrag durch die Versammlung mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.

- (5) Die Redeliste ist entsprechend der Regelungen des Frauenstatuts und der Satzung zu führen.
- (6) Wortmeldungen zur Geschäftsordnung und mündliche Nachfragen sind auch von Saalmikrofonen aus zulässig. Im Falle eines digital durchgeführten LA werden Redner*innen digital zugeschaltet.

§ 5 Antragskommission

- (1) Die Antragskommission besteht aus den gemäß Satzung § 13, Absatz 5 gewählten Mitgliedern.
- (2) Für jeweils einen LA können die gewählte Antragskommission und der Landesvorstand bei besonderem Bedarf der Versammlung gemeinsam bis zu vier weitere Mitglieder für die Antragskommission vorschlagen. Sie sind mit einfacher Mehrheit zu bestätigen.
- (3) Bei Änderungsanträgen können im Einvernehmen mit den Antragsteller*innen des ursprünglichen Antrages insbesondere folgende Verfahren von der Kommission vorgeschlagen werden:
 - Übernahme des Änderungsantrages,
 - Modifizierte Übernahme des Änderungsantrages,
 - Nichtbehandlung des Änderungsantrages,
 - Erledigt-Erklärung durch andere Änderungsanträge,
 - Abstimmung über den Änderungsantrag.
- (4) Die Verfahrensvorschläge der Antragskommission sind von der Versammlung mit einfacher Mehrheit zu bestätigen.
- (5) Änderungsanträge zum Verfahrensvorschlag sind möglich und werden nach einer Pro- und Kontrarede abgestimmt, sie benötigen eine einfache Mehrheit.

§ 6 Anträge

- (1) Die Antragsberechtigung richtet sich nach § 13, Absatz 5, Satz 2 der Landessatzung.
- (2) Die Antragskommission kann im Vorfeld des LA beschließen, nur einen Teil der eingereichten Anträge zur Abstimmung zu stellen und zu diesem Zweck den Landesvorstand auffordern, ein Ranking der Anträge vornehmen zu lassen. Hierzu kann der Landesvorstand bereits im Vorfeld des LA ein online-Rankingverfahren nutzen, bei dem alle Mitglieder, von denen eine Mailadresse vorliegt, zur Abstimmung aufgerufen werden können.
- (3) Finanzwirksame Beschlüsse bedürfen des Votums des Landesfinanzrates und müssen diesem vor dem LA vorgelegt werden.
- (4) Anträge und Änderungsanträge sind über das Tool Antragsgrün oder ein anderes adäquates Tool, zu dem mit der Einladung zur Versammlung ein Link verschickt wird, einzureichen. Lediglich bei Dringlichkeitsanträgen, deren Dringlichkeit sich am Tag der Versammlung ergibt, kann hiervon abgewichen werden.
- (5) Änderungsanträge sollen vor der Befassung des Antrages, auf den sie sich beziehen, eingebracht werden. Liegen mehrere Änderungsanträge zu einem Antrag vor, so ist der

- weitestgehende Änderungsantrag zuerst abzustimmen. Nach der Behandlung der Änderungsanträge wird über den gesamten Antrag abgestimmt. Die Frist für Änderungsanträge endet mit Beschluss der Tagesordnung.
- (6) Auf Antrag ist es möglich, Anträge alternativ abzustimmen bzw. Meinungsbilder über verschiedene alternative Anträge zu erstellen. Danach folgt die Schlussabstimmung.
 - (7) Parteimitglieder können Geschäftsordnungsanträge stellen. Sie sind sofort nach Beendigung des laufenden Redebeitrags zu behandeln.
 - (8) In der Regel ist die Debatte um einen Geschäftsordnungsantrag auf eine Gegenrede zu begrenzen.
 - (9) Anträge zur Geschäftsordnung sind ausschließlich Anträge auf
 - (a) Nichtbefassung eines Antrages oder Änderungsantrages,
 - (b) Schließen der Redeliste,
 - (c) Ende der Debatte,
 - (d) Öffnen der Debatte,
 - (e) Abwahl des Präsidiums oder einzelner Mitglieder,
 - (f) Abwahl der Antragskommission oder einzelner Mitglieder,
 - (g) Änderung der Tagesordnung,
 - (h) Unterbrechung der Beratung,
 - (i) Begrenzung der Redezeit,
 - (j) Wiederholung der Abstimmung,
 - (k) Feststellung der Beschlussfähigkeit,
 - (l) Klärung der Verfahrensweise.
 - (11) Anträge zur Geschäftsordnung sind angenommen wenn keine Gegenrede erfolgt. Formale Gegenrede ist möglich.
 - (12) Anträge zur Geschäftsordnung werden mit einfacher Mehrheit angenommen.

§ 7 Abstimmungen

- (1) Soweit nicht anders vorgesehen, entscheidet der LA mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei Enthaltungen als abgegebene Stimmen gelten, ungültige hingegen nicht.
- (2) Soweit nicht anders vorgesehen, erfolgen Abstimmungen offen.
- (3) Wird ein Abstimmungsergebnis angezweifelt, so wird die Abstimmung wiederholt. Mehrmalige Wiederholungen sind zulässig, wenn sie die Sitzungsleitung zur Feststellung des Abstimmungsergebnisses für notwendig erachtet. Die Sitzungsleitung kann sich zur Einschätzung der Abstimmungsverhältnisse der Antragsteller*innen bedienen oder eine geheime Abstimmung durchführen lassen.
- (4) Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt.
- (5) Soll über einen Tagesordnungspunkt erneut eine Aussprache und Beschlussfassung erfolgen, so ist ein Rückholantrag zu stellen. Dieser ist wie Anträge zur Geschäftsordnung zu behandeln, aber benötigt zur Annahme eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

§ 8 Schriftliche Abstimmungen und Wahlen

- (1) Die Sitzungsleitung ist für die Durchführung der Wahlen zuständig und schlägt zur Unterstützung eine Wahlkommission vor, welche von der Versammlung bestätigt werden muss.
- (2) Für Wahlen schlägt die Sitzungsleitung ein Wahlverfahren vor, das von der Versammlung mit einfacher Mehrheit bestätigt werden muss. Änderungsanträge zum Wahlverfahrensvorschlag sind möglich und werden in der Regel nach einer Pro- und Kontrarede abgestimmt, sie benötigen eine einfache Mehrheit.
- (3) Zur Unterstützung von geheimen Wahlen kann vorab ein digitales Meinungsbild mit Hilfe eines elektronischen Abstimmungsverfahrens durchgeführt werden. Beim elektronischen Abstimmungsverfahren wie bei der schriftlichen Stimmabgabe muss gewährleistet sein, dass die Stimmabgabe geheim und anonym erfolgt und alle Stimmen im Saal erfasst werden. Bei Personenwahlen erfolgt im Falle eines digitalen Meinungsbildes eine schriftliche Schlussabstimmung.
- (4) Vor dem Einsatz eines elektronischen Abstimmungstools muss das System erklärt und eine Testabstimmung durchgeführt werden.

§ 9 Ordnung im Versammlungsraum

- (1) Die Sitzungsleitung übt im Versammlungsraum und den dazu gehörenden Nebenräumen das Hausrecht aus.
- (2) Im Versammlungsraum dürfen keine Flyer oder sonstige Werbeprodukte, die keine Veröffentlichungen des Landesverbands sind, ausgelegt oder verteilt werden.

§ 10 Inkrafttreten

- (1) Die Geschäfts- und Wahlordnung wird zu Beginn des LA mit einfacher Mehrheit beschlossen und gilt auch für folgende Versammlungen, sofern sie nicht zu Beginn einer Versammlung geändert wird.
- (5) Anträge auf Änderung der Geschäfts- und Wahlordnung können vor deren Beschluss gestellt und nach einer Pro- und Kontrarede abgestimmt werden, sie benötigen eine einfache Mehrheit. Bei Bedarf kann die Sitzungsleitung darüber abstimmen lassen, ob weitere Pro- und Kontrareden zugelassen werden.